

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 4. Dezember 2019

§ 202 Mehrjahresprogramm für Hochbauten 2020–2024

(Berichte Regierungsrat, 1.10.2019; Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr, 30.10.2019)

Eintreten

Fridolin Staub, Bilten, Kommissionspräsident, beantragt Eintreten und Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Objekte im Budget 2020 wurden einzeln durchbesprochen. Fragen und Unklarheiten konnten durch das Departement Bau und Umwelt beantwortet werden. Mit dem Budget 2020 werden 6,416 Millionen Franken beantragt. Davon werden 340'000 Franken für die Wertvermehrung – für den Wettbewerb für die Erweiterung der Berufsfachschule Ziegelbrücke – eingesetzt. Es wird rund 1 Million Franken mehr investiert, als dies die Gebäudesoftware Stratus als Bedarf ausweist. Die Situation stellt sich aus Sicht der Kommission als komfortabel dar. – Ab Seite 3 des regierungsrätlichen Berichts sind die Investitionsvorhaben für die Jahre 2021–2024 aufgeführt. Diesen Teil kann der Landrat nur zur Kenntnis nehmen. – Für das Zeughaus werden im Jahr 2022 500'000 Franken eingeplant. Dazu wurde informiert, dass dort eine Grundwasser-Wärmepumpe vorgesehen ist, weil die Fernwärme-Zentrale der Kantonschule in Glarus keine Kapazitäten mehr hat. – Dank gebührt – auch im Zusammenhang mit dem nachfolgenden Traktandum – den Kommissionsmitgliedern für die animierten Diskussionen und die konstruktive Sitzung, dem Departement Bau und Umwelt unter der Leitung von Regierungsrat Kaspar Becker, Thomas Stauffacher, Leiter der Hauptabteilung Hochbau, Christof Kamm, Leiter der Hauptabteilung Tiefbau, Markus Josi, Leiter der Fachstelle öffentlicher Verkehr, Martina Rehli, Departementssekretärin, sowie Tamara Willi, Protokollführerin.

Hans-Jörg Marti, Nidfurn, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der FDP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat aus. – Wie üblich wurde die Kommission detailliert über die einzelnen Vorhaben informiert. Dabei standen vor allem die grossen Vorhaben wie die Erweiterung der Berufsfachschule, der Umbau des Landratssaals, aber auch das Gefängnis und die Liegenschaften rund um das Zeughaus – vor allem der Ausbau der Reitbahn – im Zentrum. Die Diskussionen dazu wurden in der Kommission sehr offen geführt; Fragen wurden kompetent und sachlich beantwortet. – Es ist allseits bewusst, dass die geplanten Vorhaben mit hohen finanziellen Investitionen verbunden sind. Doch wer diese Aufgaben vor sich herschiebt, hinterlässt der nächsten Generation entsprechenden Nachholbedarf. Meistens kommt es noch teurer, wenn man zu spät saniert. Ausserdem würde eine Vernachlässigung dieses Bereichs die positive Entwicklung des Kantons beeinträchtigen. Eine Strategie der Vernachlässigung kann nicht im Sinne des

Landrates sein. – Aus Sicht der FDP-Fraktion ist erfreulich, dass bei praktisch allen geplanten Bauvorhaben auch im Bereich Energieeffizienz mit der nötigen Umsicht geplant und gebaut wird. So erkennt man zum Beispiel, dass bei Sanierungen meist auch Solaranlagen, alternative Energien und hochwertige Wärmedämmungen berücksichtigt werden.

Landammann *Andrea Bettiga* beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Mit dem vorliegenden Mehrjahresprogramm für Hochbauten kann der durchschnittlich gute Zustand der kantonalen Gebäude in den kommenden Jahren erhalten werden. Insgesamt bewegen sich die Ausgaben im üblichen Rahmen. Primär geht es um Sanierungen. Daneben gibt es aber auch noch zwei grosse Projekte: die Erweiterung auf dem Berufsfachschulareal in Ziegelbrücke und die Sanierung des Landratssaals. Diese beiden Projekte können gut umgesetzt werden. Termine und Kosten sind im Griff. Am kommenden Freitag wird die Jury über den Sieger des Wettbewerbs im Zusammenhang mit dem Projekt Berufsfachschule entscheiden. Somit ist man auch bei diesem Vorhaben einen grossen Schritt weiter. – Zu danken ist der Kommission unter der Leitung von Landrat Fridolin Staub.

Detailberatung

Heizungssanierungen bei kantonalen Hochbauten

Kaspar Krieg, Niederurnen, erkundigt sich, ob es bezüglich Heizungssanierungen bei kantonalen Gebäuden eine Strategie gebe. – Bei der Beratung des Hochbauprogrammes fiel der SVP-Fraktion auf, dass bei kantonalen Gebäuden immer wieder Heizungssanierungen vorgenommen werden. Das liegt aktuell im Trend, wie ein Blick in die Baugesuche im Amtsblatt zeigt. Die SVP-Fraktion stelle sich dazu die Frage, ob der Kanton eine Strategie bezüglich Heizungssanierungen verfolgt oder ob es nur darum geht, die Umweltschützer zu besänftigen? – Die Gebäude im Kantonshauptort sind dazu prädestiniert, über eine zentrale Heizung versorgt zu werden. Sie sind nahe beieinander gebaut, oft als Reihenhäuser. Dadurch würde sich ein Energieverbund aufdrängen. Es gibt bereits einen solchen, ausgehend von der Kantonsschule. Dieser stösst aber bereits an seine Kapazitätsgrenzen. Das Zeughaus wird nun mit einer Erdwärmesonde ausgestattet. Das ist aber nicht überall machbar und nicht überall bewilligungsfähig. Im Trend liegen zudem die sogenannten Splitgeräte – vor jeder Haustüre findet man heute diese hässlichen Kästen. Diese laufen dem Anliegen einer schönen Architektur zuwider. Deshalb stellt sich die Frage nach der Strategie in Bezug auf die Heizungssanierungen im Kantonshauptort. In den kommenden Jahren soll die Hauptstrasse neu gestaltet werden. Da müsste man ein Fernwärmenetz in die Überlegungen miteinbeziehen. Für die Etablierung eines Energieverbunds ist es stets wichtig, dass ein Grossabnehmer vorhanden ist, der den Anstoss gibt. In Glarus Nord liefert die Kehrrechtverbrennungsanlage Fernwärme. Die grossen Energieverbraucher haben daran Interesse und wollen sich anschliessen. Es braucht aber auch einen gewissen Vorlauf. Die Hausbesitzer müssen wissen, dass sich in dieser Sache in fünf oder zehn Jahren etwas tut. Sonst schaut jeder für sich selbst. Das ist Pflästerlipolitik. Eine Strategie wäre deshalb wichtig.

Landammann *Andrea Bettiga* lässt die Frage des Vorredners abklären. – Der Ansatz von Landrat Kaspar Krieg ist sicher sinnvoll. Pflästerlipolitik ist nie gut.

Haus Hug

Hans Jenny, Ennenda, erkundigt sich, ob der Regierungsrat je in Betracht gezogen hat, das Haus Hug an die Glarner Kantonalbank (GLKB) zu verkaufen. – Für die Sanierung der Fassade des Hauses Hug sind im 2021 150'000 Franken vorgesehen. Hat sich der Regierungsrat je Gedanken gemacht, das Haus Hug an die GLKB zu veräussern? Dieses wird heute zu 80 Prozent von der GLKB gemietet. Früher befand sich die Finanzdirektion in diesen Räumlichkeiten. Es stellt sich die Frage, ob sich der administrative Aufwand lohnt, zumal der Kan-

ton ja ohnehin Hauptaktionär der GLKB ist. Diese hat erst kürzlich die gesamte Hülle ihres Gebäudes saniert. Der Sanierungsbedarf im Haus Hug ist nicht akut. Deshalb macht es sicher Sinn, wenn die Gebäudezeile künftig gesamtheitlich betrachtet wird. – Wenn der Kanton die Räumlichkeiten im Haus Hug als Reserven betrachtet und diese dereinst nutzen möchte, ist davon auszugehen, dass nicht als erstes der GLKB gekündigt wird. Den zuständigen Personen ist zu danken, wenn sie sich mit dieser Frage auseinandersetzen und den Landrat zu gegebener Zeit – bevor die Sanierung angegangen wird – wieder informieren.

Regierungsrat *Rolf Widmer* geht auf die Frage des Vorredners ein. – Der Verkauf des Hauses Hug war tatsächlich schon einmal ein Thema zwischen Kanton und Kantonbank. Letztere hat eine entsprechende Anfrage gestartet. Der Kanton blieb damals zurückhaltend. Früher betrachtete man das Haus Hug als strategische Büroreserve. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die GLKB hat sehr viele Arbeitsplätze geschaffen. Sie hat auch in den Bahnhof expandiert und erweitert dort nochmals. Die GLKB käme in eine schwierige Situation, müsste sie aufgrund des Eigenbedarfs des Kantons das Haus Hug verlassen. – Das Haus Hug ist eine Anlage des Finanzvermögens. Diese bringt einen Nettoertrag von immerhin 81'000 Franken pro Jahr. Wer Immobilien besitzt, muss ab und zu in den Werterhalt investieren. Dennoch kann der Regierungsrat die Frage nach einem Verkauf prüfen, sollte die GLKB bereit sein, Marktpreise zu zahlen.

Der unveränderten Vorlage ist zugestimmt.